

Die Not des Mittelstandes.

Zurückgehende Warenerzeugung und gesteigerter Notenumlauf haben jetzt im Kriege eine völlige Verschiebung in dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage herbeigeführt. Das Geld hat von seiner Kaufkraft gemächtig verloren und alle gegen die zunehmende Teuerung aufgewendete Arbeit scheint vergebens zu sein. Mit Schaudern denkt man an die Verhältnisse in Rußland, wo das Volk in der Banknotenflut beinahe zu erstickten droht und dabei Hungers stirbt. Ähnlichen Zuständen steuern auch wir zu, wenn sich nicht endlich doch noch die Regierung zu mutiger, entschlossener Abhilfe aufrafft. Diese Zustände kommen den Kriegsverdienern zugute, für die Wohlhabenden und allenfalls für einen Teil der Kriegsindustriearbeiter sind sie erträglich, aber mörderisch sind sie für alle übrigen, insbesondere für den Mittelstand und hier vor allem für die Familienbesoldeten. Dem Kriegsverdiener fließt Geld ohne Unterlaß zu und mag die Teuerung noch so phantastische Formen annehmen, er kann jeden Preis mit lächelnder Miene zahlen. Die Massen aber, deren Einkünfte die gleichen geblieben sind, wie im Frieden, oder sich doch nur ganz unwesentlich, keinesfalls aber im Verhältnis zur Entwertung des Geldes gebessert haben, leiden unsagbar. Kleider und Schuhe sind schon längst unerschwingliche Artikel geworden und um die paar Dekagramm Fleisch muß sich die Frau stundenlang anstellen, viel kostbare Zeit versäumend oder beim kalten Wetter an der Gesundheit Schaden leidend. Die Ware verschwindet überall in die Kanäle des Schleichhandels und mag die Ernte sogar, wie z. B. in Frühobst oder Gemüse, noch so gut sein, der Markt fällt sich nur dann, wenn Wucherpreise bezahlt werden. Das Einkommen der vielen Tausende von Festangestellten reicht heute kaum mehr hin, um selbst die bescheidensten Bedürfnisse zu befriedigen. Bis zum Sommer gab es wenigstens noch in freilich unzulänglicher Menge die paar staatlich bewirtschafteten Lebensmittel, wie Brot und Mehl, ohne welche der physische Zusammenbruch einfach unausbleiblich gewesen wäre, nun aber fehlen seit vielen Wochen auch sie fast gänzlich.

Mitten in dieses Elend hinein fällt jetzt die vor kurzem erfolgte Gründung einer „Mittelstandsdelegation“, in der die verschiedenen mittelständischen Wirtschaftsorganisationen vertreten sind. Es ist also in letzter Stunde eine Stelle geschaffen worden, die mit mehr Nachdruck und mehr Energie für die Lebensinteressen des bedrängten Mittelstandes eintreten will. Was dieser braucht, ist nicht Geldhilfe in Gestalt von Teuerungszulagen und erhöhten Unterhaltsbeiträgen. Dies bringt nur eine neue Verteuerung der Ware und bestenfalls eine sehr rasch vorübergehende Erleichterung in der allgemeinen Not. Was die Familie des Mittelstandes heute braucht, das sind Naturalien, das sind Waren, die rein praktischen Wert haben. Daneben sollte die Regierung endlich einmal daran gehen, die Preise abzubauen und die erdrückende Kaufkraft der Vermögenden irgendwie einzudämmen.

Die Not der Stunde verlangt, daß die Regierung bei der Bemessung der den Rüstungsindustrien zugestandenen Preise sparsamer vorgehe und daß sie ferner durch baldige straffe Durchführung einer über die bisher präliminierte Höchstgrenze hinausgehende Kriegsgewinnsteuer auch die Kaufkraft der Kriegsgewinner herabdrücke.

Das ist die eine Seite der zur Rettung des Mittelstandes notwendigen Maßnahmen. Die andere nicht minder wichtige gilt dem Wiederaufbau des im Krieg schwer geschädigten Gewerbes sowie des Hausbesizer- und Kleinhandlertandes. Was bisher nach dieser Richtung hin geschehen ist, reicht über das Stadium der Anfangsveruche kaum hinaus und bleibt zum Teil auch auf einen zu eng bemessenen Kreis der Bevölkerung beschränkt. In allen größeren Bundesstaaten des Deutschen Reiches hat man Fürsorgeaktionen eingeleitet, die in einigen Fällen schon im Jahre 1915 ihre umfangreiche Tätigkeit aufgenommen haben. Zunächst ist die Fürsorge für den Mittelstand auf dem Grundsatze aufgebaut, daß selbständige Handwerker, kleine und mittlere Gewerbetreibende, kleine Kaufleute, Wirte, Fischer, kleine Landwirte sowie auch Angehörige der freien Berufe Darlehen erhalten. In Sachsen sind sogar Privatangestellte mitinbegriffen, die für den Fall, daß die Familie infolge Einberufung des Ernährers in Schulden geraten ist, ein Darlehen erhalten. Im allgemeinen gilt dabei der Grundsatz, daß die Kriegsteilnehmer das Recht auf Vorzugsbehandlung genießen. Doch ist in letzter Zeit der Tätigkeitsbereich der Kriegshilfskassen dahin erweitert worden, daß auch

Nichtkriegsteilnehmer ein Darlehen erhalten können. Die Art, wie die Mittelstandsaktion durchgeführt wird, ist in den einzelnen Bundesstaaten verschieden. Die Lösung dieser Frage läßt sich ja sowohl von staatlicher als auch von städtischer und genossenschaftlicher Seite in Angriff nehmen. Doch darauf kommt es im Grunde nicht so sehr an. Die Hauptsache ist, daß endlich etwas Großzügiges geleistet werde und daß sich ferner die Angehörigen des Mittelstandes selbst rühren und ihre Interessen gegenüber der einseitig orientierten Regierung energisch vertreten.